

## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 24. Mai 2011

# Generationenbilanz Update 2011 mit Schwerpunkt Pflege

Die wichtigsten Ergebnisse der jüngsten Generationenbilanz für Deutschland:

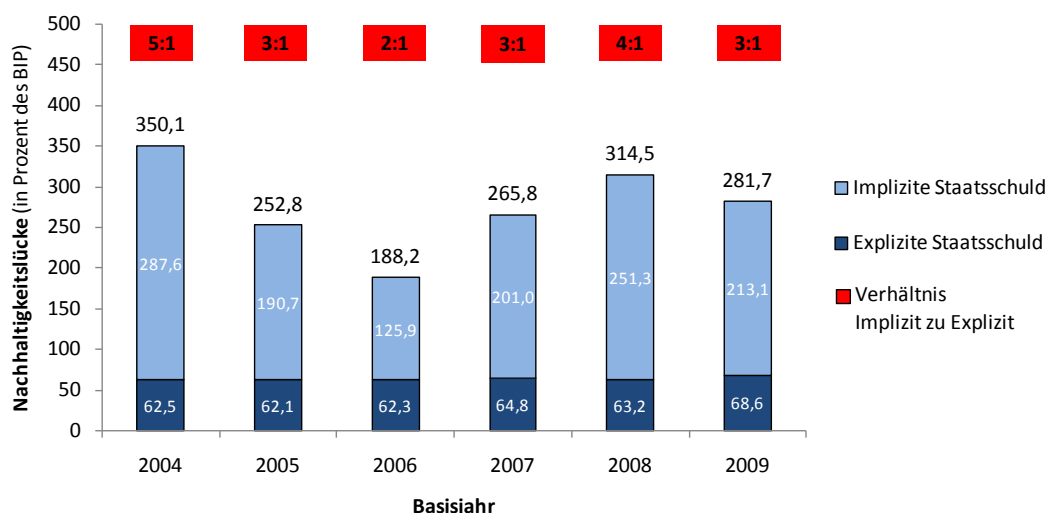
- Nachhaltigkeitslücke sinkt: Implizite Verschuldung übersteigt explizite nur noch um das Dreifache
- Ehrbarer Staat verlangt weitere Anstrengungen beim Schuldenabbau
- Karenzzeit verbessert Nachhaltigkeit der Pflegeversicherung

Die Nachhaltigkeitslücke aus expliziten und impliziten Staatsschulden beläuft sich auf 282 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Umgerechnet entspricht das der Summe von 6,75 Billionen Euro. Das zeigen die jüngsten Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge. Das Gros entfällt dabei nach wie vor auf die implizite, d.h. heute noch nicht sichtbare Staatsschuld, die 213 % des BIP ausmacht und in der sich alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen, insbesondere der Sozialversicherungen, verbergen. Der kleinere Teil entfällt auf die explizite, schon heute sichtbare Staatsverschuldung (69 % des BIP).

Zur Begleichung dieser Gesamtschuldenlast müsste jeder heute lebende Bundesbürger unabhängig von bestehenden Steuern und Sozialabgaben bis zu seinem Lebensende einen zusätzlichen Betrag von 307 Euro pro Monat an den Staat abführen.

Mit dem im vergangenen Jahr begonnenen Konsolidierungskurs konnte die Nachhaltigkeitslücke immerhin um ein Drittel des BIP zurückgeführt werden. Dabei sank allein die implizite Verschuldung des Staates. Während die implizite Staatsschuld (251 % des BIP im Basisjahr 2008) noch das Vierfache der expliziten Staatsschuld (63 % des BIP) ausmachte, übersteigt sie diese in unserem neuen Update (Basisjahr 2009) „nur noch“ um das Dreifache. Angesichts des nach wie vor bestehenden Schuldenberges wäre eine Abkehr vom eingeschlagenen Konsolidierungskurs jedoch verfrüht.

## Implizite und explizite Verschuldung im Jahresvergleich (in % des BIP)



Ursächlich für diese positive Entwicklung der Nachhaltigkeitslücke sind vor allem vier Dinge, erläutert Studienautor Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft:

1. das Konsolidierungspaket der Bundesregierung,
2. die konjunkturbedingten Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen nach der Wirtschaftskrise,
3. die Beitragserhöhung und Kostendämpfung durch die Gesundheitsreform und
4. die Nullrunde bei den Renten.

Seite | 2

Aus den Berechnungen zieht die Stiftung Marktwirtschaft die folgenden Schlüsse:

- Die Fiskalpolitik hat im Jahr 2010 vom Schuldenmodus der Krisenjahre auf einen Konsolidierungskurs umgeschaltet. Eine Abkehr von diesem eingeschlagenen Kurs wäre trotz Steuermehreinnahmen verfehlt.
- Die Nachhaltigkeit der Sozialversicherungen hat sich weitgehend positiv entwickelt. Neben steigenden Einnahmen konnte die **Ausgabendynamik in der Kranken- und Rentenversicherung gebremst** werden.
- In der **Sozialen Pflegeversicherung** (SPV) besteht hingegen weiterhin ein **großer Handlungsbedarf**: Weder die Leistungsverbesserungen vergangener Legislaturperioden noch die Bevölkerungsalterung wurden bei der Finanzierung bisher angemessen berücksichtigt.

Angesichts der Verdopplung der Pflegefälle bis zum Jahr 2060 muss eine Reform der Pflegeversicherung als **primäres Ziel die Finanzierbarkeit ohne Überforderung der Bürger** (möglichst bei Konstanz des Beitragsatzes und Erhalt des realen Leistungsniveaus) sicherstellen. Als einen Lösungsansatz hat die Stiftung Marktwirtschaft das **Konzept der Karenzzeit** auf den Prüfstand der Generationenbilanzierung gestellt. Das Konzept sieht einen leistungsfreien Zeitraum (= Karenzzeit) zwischen dem Entstehen des Leistungsanspruchs und dem tatsächlichen Beginn von Versicherungsleistungen vor. In der Karenzzeit entstehende Pflegekosten sollen hingegen durch eine **obligatorische und kapitalgedeckte Zusatzversicherung** abgesichert werden.

Bereits mit einer **Karenzzeit von einem Jahr** könnte die **Nachhaltigkeitslücke der SPV um ein Drittel verringert** werden. Für die Teilkapitaldeckung des Pflegerisikos wäre dabei eine Karenzpauschale von monatlich 23 Euro notwendig. Eine Schließung der Nachhaltigkeitslücke erfordert hingegen eine Karenzzeit von drei Jahren.

#### Angesichts dieser Erkenntnisse gibt die Stiftung Marktwirtschaft folgende Handlungsempfehlungen:

1. Die erneut sprudelnden Steuereinnahmen müssen für die Beibehaltung des Konsolidierungskurses eingesetzt werden – Finanzierungsspielräume sollten dem Schuldenabbau vorbehalten bleiben.
2. Eine Teilkapitaldeckung der SPV darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die Stiftung Marktwirtschaft plädiert für eine Karenzzeit als eine denkbare Lösungsalternative.

---

#### Ansprechpartnerin

Dr. Susanna Hübner  
Charlottenstraße 60  
D- 10117 Berlin

Telefon 030 – 20 60 57 33  
Fax 030 – 20 60 57 57

Mehr Informationen zum Thema Generationenbilanz: <http://www.ehrbarer-staat.de>